

PRESSEMITTEILUNG

ROTH, 09. DEZEMBER 2024

Mehr Sicherheit für die Wertstoffhöfe

Wiederholte Einbrüche „zwingen“ Landkreis zum Handeln - Neues Betriebsgebäude für Georgensgmünd

Roth. Der Anlass ist wenig erfreulich, die Auswirkung zudem teuer: Ständige Einbrüche lassen der Abfallwirtschaft des Landkreises gar keine andere Wahl als in die Sicherheit zu investieren. Konkret werden die Deponien in Georgensgmünd und Pyras mit Überwachungskameras und massivere Zäune ausgestattet. Noch mehr Geld nimmt das Sachgebiet allerdings für ein anderes Projekt in die Hand.

Es dürfte selten vorkommen, dass es Kreisräte „schüttelt“. Als Alexander Mauderer im Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt, Wirtschaft und Regionalentwicklung allerdings Fotos von (fensterlosen) Büros, sichtlich in die Jahre gekommenen Sanitäranlagen um den Hinweis auf einen nicht vorhandenen Wasseranschluss ergänzte, stellte sich die Frage nicht mehr, ob Georgensgmünd ein neues Betriebsgebäude braucht. „Eigentlich sind die Zustände untragbar“, fasste der stellvertretende Sachgebietsleiter zusammen.

Offen blieb allerdings, ob ein neues Gebäude als Containerlösung umgesetzt werden soll oder in Holzständerbauweise. Argumente gäbe es für beide Alternativen, erläuterte Mauderer, der zwei wichtige Hinweise anführte: Zum einen sei eine teilweise Refinanzierung durch den Wertstoffhofbetreiber gewährleistet, da der in dem gut 60 Quadratmeter großen, wie auch immer gearteten, „Neubau“ über ein eigenes Büro verfügen wird, für das Miete verlangt wird.

Nachdem der Handlungsbedarf von keiner Seite in Frage gestellt wurde, schlug Landrat Ben Schwarz eine alternative Ausschreibung vor, um offen zu sein für die Art der Ausführung. Eine Anregung, die der Ausschuss gerne mittrug. Ein Wasseranschluss und ein Grundmaß an Arbeitsatmosphäre seien schließlich ein Mindestmaß, lautete der Tenor.

„Regelmäßig“, informierte Mauderer, würde in die beiden Wertstoffhöfe eingebrochen. Jüngst machten die Diebe nicht einmal mehr vor dem Bürocontainer in Georgensgmünd Halt. Gestohlen würden vor allem Kupfer und Elektrogeräte. Als Gegenmaßnahmen soll nun an beiden Standorten eine Videoüberwachung installiert werden – Kostenpunkt einmal 5000, einmal 6000 Euro. Weil die „alten“ Maschendrahtzäune an vielen Stellen für Einbrecher geradezu „einladend“ löchrig sind, werden neue, massivere angeschafft. Veranschlagt dafür sind rund 34 000 Euro.

Die gute Nachricht: Weder Videoüberwachung noch Zäune oder Neubau belasten den Kreishaushalt. Die Sicherheitsmaßnahmen werden aus der Sonderrücklage Gebührenschwankungen finanziert, für die



PRESSEMITTEILUNG

Ertüchtigung des – bis dato auf mehrere Standorte verteilten – Funktionsbereichs aus der Rücklage Rekultivierung zurückgegriffen.

An den Kreisausschuss gingen zwei Empfehlungen. Zum einen soll die Vereinbarung mit dem Dualen System Deutschland bis Ende 2028 verlängert werden, die unter anderem die Gelben Säcke und die Metall-Container regelt. Größere inhaltliche Änderungen gäbe es nicht, erläuterte Alexander Mauderer, aber eine Neuerung: Künftig könnten Überfüllungen per Mail gemeldet werden.